

BAUERN-PROTESTE IN FRANKREICH

Fleisch sei ihr Gemüse

Autor: Thomas Hanke
Datum: 22.07.2015 18:28 Uhr

Die Straßenblockaden der Viehzüchter machen die französische Regierung nervös - so nervös, dass Premier Valls entscheidet: Die Franzosen müssen mehr einheimisches Fleisch essen. Kann das den Preisverfall stoppen?



Bauern-Proteste

„Unsere Arbeit hat einen Preis“ steht auf einem Schild auf der A1 Richtung Paris: Seit Tagen blockieren französische Viehzüchter wichtige Verkehrsknotenpunkte und Teile des Autobahnnetzes. (Foto: Reuters)

Paris. Aussitzen ist keine Option mehr: Frankreichs Regierung ist am Mittwoch den protestierenden Bauern entgegengekommen. Premier Manuel Valls sagte nach der Kabinettsitzung mit staatsmännischer Miene, was nun Pflicht ist: „Man muss mehr französisches Fleisch essen!“ Mit diesem patriotisch-kulinarischen Tagesbefehl liegt er nicht im Trend.

Denn die Franzosen essen seit Jahren immer weniger Fleisch. Es hat sich herum gesprochen, dass Karnivoren nicht unbedingt gesünder leben. Der Verbrauchsrückgang ist nach Ansicht mancher Experten der wichtigste Auslöser des Preisverfalls auf Ebene der Erzeuger, über den sich nun die Landwirte beschweren.

Seit Tagen blockieren französische Viehzüchter wichtige Verkehrsknotenpunkte und Teile des Autobahnnetzes. Am Mittwoch haben sich die Aktionen von der Normandie über die Bretagne bis in den Südwesten ausgeweitet. Die Bauern fahren mit schweren Traktoren auf und lassen überhaupt keine oder nur gezielt bestimmte Autos durchfahren.

Die französische Polizei, sonst nicht für große Geduld bekannt und schnell mit Reizgas bei der Hand, lässt sie gewähren: Die Regierung fürchtet angesichts der immer noch steigenden Arbeitslosigkeit seit Monaten, dass irgendein Protest die Initialzündung für einen sozialen Flächenbrand werden könnte. Sie will die Straßen zur beginnenden Hauptreisezeit wieder frei bekommen, ohne die Landwirte mit Gewalt zu vertreiben.

DIE DEUTSCHE UND FRANZÖSISCHE WIRTSCHAFT IM VERGLEICH

Wachstum

Frankreich: Die Industriestaaten-Organisation OECD hat die Wachstumsprognose erst vorige Woche mehr als halbiert. 2014 wird das Bruttoinlandsprodukt demnach nur um 0,4 Prozent zulegen, nachdem im Frühjahr noch 0,9 Prozent vorausgesagt worden waren. Für kommendes Jahr wurde die Prognose von 1,5 auf 1,0 Prozent zurückgenommen.

Deutschland: Auch bei Europas Nummer eins hat die OECD den Daumen gesenkt. Für das laufende Jahr wurde die Prognose von 1,9 auf 1,5 Prozent zurückgenommen, für 2015 von 2,1 auf ebenfalls 1,5 Prozent.

Arbeitslosigkeit

Frankreich: Wegen der Konjunkturlaute leidet der Nachbar unter einer Rekordarbeitslosigkeit. Die EU-Kommission sagt für dieses Jahr einen Anstieg auf 10,4 Prozent voraus, 2015 soll es leicht nach unten gehen auf 10,2 Prozent. Das entspricht etwa dem Durchschnitt aller 28 EU-Staaten.

Deutschland: Hier ist die Arbeitslosenquote nur halb so hoch. Nach der Prognose der EU-Kommission wird sie in diesem Jahr auf 5,1 Prozent fallen und 2015 auf diesem Niveau verharren. Mit Österreich weist die Bundesrepublik damit die niedrigste Arbeitslosigkeit in der Euro-Zone auf.

Staatsschulden

Frankreich: Erst 2017 will die Regierung die jährliche Neuverschuldung unter die in den EU-Verträgen erlaubte Höchstgrenze von drei Prozent im Verhältnis zur Wirtschaftskraft drücken. Eigentlich sollte das schon 2015 der Fall sein, doch sieht sich die Regierung in Paris wegen der schwachen Konjunktur dazu nicht in der Lage. Der Schuldenberg wird nach Prognose der EU-Kommission bis 2015 auf 96,6 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt wachsen. Die EU erlaubt eigentlich nur 60 Prozent.

Deutschland: Der Staat könnte 2014 bereits das dritte Jahr in Folge einen leichten Überschuss aufweisen. Zum Halbjahr wurden 16 Milliarden Euro mehr eingenommen als ausgegeben. Alle übrigen Euro-Staaten dürften hingegen rote Zahlen schreiben. Allerdings ist der Schuldenstand mit rund 76 Prozent immer noch höher als erlaubt.

Wettbewerbsfähigkeit

Frankreich: Ein Grund für die Misere ist die gesunkene Wettbewerbsfähigkeit. Eine Arbeitsstunde kostet private Arbeitgeber durchschnittlich 35,00 Euro. In der besonders stark dem internationalen Wettbewerb ausgesetzten Industrie sind es sogar 36,70 Euro - in der EU sind die Kosten nur in Schweden, Belgien und Dänemark höher. Das ist auch einer der Gründe dafür, warum Frankreich im weltweiten Standortranking des World Economic Forum (WEF) nur Platz 23 belegt.

Deutschland: Die Arbeitskosten liegen niedriger als in Frankreich. In der Privatwirtschaft sind es 31,70 Euro, in der Industrie 36,20 Euro. Im Standortvergleich des WEF belegt Deutschland den fünften Rang, wobei besonders die gut ausgebildeten Fachkräfte und innovative Unternehmen gelobt werden.

Industrie

Frankreich: Zwar kann das Nachbarland mit großen Unternehmen wie den Autobauern Renault und Peugeot Citroen oder dem Atomkonzern Areva aufwarten. Allerdings fehlt es an einem breiten und exportstarken Mittelstand, der die Absatzkrise in der Euro-Zone durch wachsende Geschäfte in Asien und anderen Boomregionen ausgleichen kann. Die Industrie ist deshalb auf dem Rückzug: Sie trägt nur noch 10,25 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei, der EU-Schnitt liegt bei 15,3 Prozent.

Deutschland: Hierzulande haben viele "hidden champions" ihre Heimat - also unbekannte mittelständische Unternehmen, die Nischen besetzt haben und mit ihren Produkten zu den Weltmarktführern gehören. Die Industrie erlebt in Deutschland eine Renaissance, weil diese Firmen in den Boomregionen aktiv sind. "Nur Deutschland hat es geschafft, zwischen 2007 und 2012 Jobs in der Industrie aufzubauen", stellte die EU-Kommission in ihrem europaweiten Vergleich fest. Der Industrie-Anteil an der Wirtschaftsleistung liegt mit 22 Prozent klar über dem EU-Schnitt.

Landwirtschaftsminister Stéphane Le Foll wollte die Proteste eigentlich aussitzen. Er hat erst mal einen Expertenbericht in Auftrag gegeben, der das Rätsel der niedrigen Fleischpreise lösen soll. Wenn die Verbraucher nicht weniger, sondern eher mehr bezahlen für ihr Steak, die Bauern aber nicht genug Erlösen, um ihre Investitionen zu finanzieren, wo bleibt dann das Geld?

Präsident François Hollande, stets in Sorge wegen drohender Proteste, machte seinem Minister Beine. Schon am Dienstag musste er zu den blockierenden Bauern nach Caen in der Normandie fahren und dort Buße tun: „Ich entschuldige mich dafür, dass ich so lange gebraucht habe, um zu Ihnen zu kommen.“

Am Mittwoch dann folgte ein umfangreicher Maßnahmenplan der Regierung. Die weiß auf einmal auch ohne Expertenbericht, was zu tun ist. Mehr Schweine und Rinder verzehren, das ist die eine Seite der Medaille. Daneben sollen die Exporte nach Griechenland, Vietnam und in die Türkei ausgeweitet werden. Hollande, Valls und Le Foll wissen, dass das die Viehzüchter nur mäßig beeindrucken wird.

Deshalb nehmen sie viel Geld in die Hand. 600 Millionen Euro werden locker gemacht, damit die Landwirte ihre Steuern und Sozialabgaben später oder gar nicht bezahlen müssen. Viele sind hoch verschuldet, weil sie bei Rindfleischpreisen von 3,80 Euro pro Kilo mit ihren Raten gegenüber den Banken oder dem Staat nicht mehr nachkommen. Denen soll nun geholfen werden. Wie meist belohnt der Staat die, deren Störpotenzial er besonders fürchtet. Und das der Bauern ist hoch, besonders wenn sie bei Temperaturen weit über 30 Grad Straßen blockieren, auf denen die Franzosen in den Urlaub rollen wollen.

WENN MASSENPROTESTE AUSSER KONTROLLE GERATEN

Türkei

Die gewaltsame Räumung eines Protestcamps in Istanbul, mit dem die Zerstörung eines Parks am Taksim-Platz verhindert werden sollte, löst im Mai 2013 eine landesweite Protestwelle aus. Mittlerweile richten sich die andauernden Proteste vor allem gegen den autoritären Regierungsstil des islamisch-konservativen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan. Mehrere Menschen kamen bisher ums Leben, Hunderte wurden verletzt.

Bulgarien

Nach Massenprotesten und schweren Ausschreitungen in der Hauptstadt Sofia tritt die bulgarische Regierung im Februar 2013 zurück. Die Proteste richteten sich zunächst gegen hohe Strompreise, wandten sich dann aber immer stärker gegen Ministerpräsident Boiko Borissow. Hintergrund war die Unzufriedenheit über geringe Einkommen, hohe Arbeitslosigkeit und Korruption.

Griechenland

Bei Massendemonstrationen von Hunderttausender gegen das massive Sparprogramm der Regierung sterben in der griechischen Hauptstadt Athen im Mai 2010 drei Menschen. Vermummte Randalierer hatten mit Molotowcocktails eine Bank in Brand gesetzt.

Serbien

Rund 200.000 Menschen demonstrieren im Februar 2008 gegen die Unabhängigkeit des Kosovos in der serbischen Hauptstadt Belgrad. Mehrere tausend Randalierer demolieren Botschaften, plündern Geschäfte, zünden Autos und Busse an. Mindestens ein Mensch kommt ums Leben, mehr als 150 Menschen werden verletzt.

Frankreich

Der Tod zweier Jugendlicher, die auf der Flucht vor der Polizei nahe Paris tödlich verunglückten, löst im Herbst 2005 eine

Welle der Gewalt in französischen Einwanderervorstädten aus. Sporthallen, Geschäfte und tausende Autos gehen in Flammen auf. Tausende Randalierer werden festgenommen. Nach drei Wochen erklärt die Polizei die Unruhen offiziell für beendet.

Italien

Das Gipfeltreffen der führenden Industrieländer in Genua wird im Juli 2001 von der schwersten Welle der Gewalt in seiner Geschichte überschattet. Ein 23-jähriger Italiener stirbt bei den Straßenschlachten durch eine Polizeikugel. Globalisierungsgegner demolieren Büros, Geschäfte und Bankautomaten. Hunderte Menschen werden verletzt. Kritiker werfen der Polizei übertriebene Härte vor.

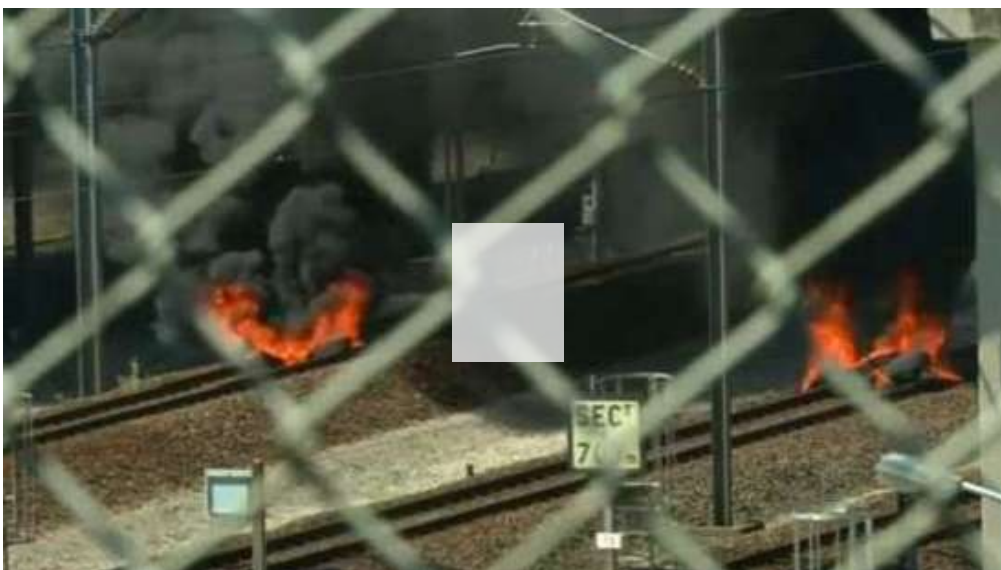
Doch noch immer ist die Frage offen, wo das Geld der Verbraucher versickert.

Landwirtschaftsminister Le Foll hatte sich vor Wochen mit den Vertretern des Handels und der fleischverarbeitenden Industrie getroffen und sie verpflichtet, die Preise für die Landwirte zu erhöhen. Das ist offenbar geschehen, aber nicht in dem Umfang, in dem Le Foll es gewünscht hat.

„Wir haben unsere Preise um 20 Cent pro Kilogramm erhöht, aber das Geld steckt wohl die Industrie ein“, klagt der Frankreich-Chef von Lidl. „Unfassbar für eine Marktwirtschaft, dieses Vorgehen der Regierung“ findet Unternehmensberater Patrick Edery. Der Druck, den die Regierung auf den Handel ausübe, werde außerdem fatale Folgen haben: „Die Handelsketten verdienen kein Geld mehr mit Milch und Fleisch, um ihre Margen zu retten, über sie Druck auf französische Klein- und Mittelbetriebe aus, mit dem Ergebnis, dass bislang gesunde Hersteller ebenfalls in Schwierigkeiten geraten.“

Edery sieht die Ursachen der französischen Misere beim „deutschen Schwein“: Teilweise arbeiteten deutsche Schlachthöfe immer noch mit Dumpinglöhnen, vor allem aber hätten sie sich in den vergangenen Jahren massiv modernisiert. „Bei Billigfleisch sind die deutschen Hersteller heute die Marktführer, ihre Ware drängt nach Frankreich.“

Der Unternehmensberater ist skeptisch, ob sich dank der Maßnahmen der Regierung etwas ändert: „Sie will nur die Leute von der Straße holen, strukturell verbessert sich nichts.“



FRANZÖSISCHE STREIKKULTUR

In Frankreich demonstriert man anders: Hafendarbeiter blockieren Eurotunnel

© 2014 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG
Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min. Keine Gewähr für die Richtigkeit
der Angaben.